

W

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

**Rechtsextremistische Jugendorganisationen in der
Bundesrepublik Deutschland**

- Ausarbeitung -



Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Verfasser/in: [REDACTED]

Rechtsextremistische Jugendorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland

Ausarbeitung WD 1 - 3000 - 022/09

Abschluss der Arbeit: 22.07.2009

Fachbereich WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Telefon: [REDACTED]

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W.

Inhaltsverzeichnis		Seite
1.	Einleitung	4
2.	Jugendorganisationen im parteipolitischen Spektrum des Rechtsextremismus	5
2.1.1.	„Junge Nationaldemokraten“ (JN)	5
2.2.	„Die Junge Rechte“	6
2.3.	„Republikanische Jugend“ (RJ)	7
3.	Jugendorganisationen außerhalb des parteipolitischen Spektrum des Rechtsextremismus	7
3.1.	Nicht verbotene Jugendorganisationen	7
3.1.1.	„Junge Landsmannschaft Ostdeutschland e.V.“ (JLO)	7
3.2.	Verbotene Jugendorganisationen	9
3.2.1.	„Heimattreue Deutsche Jugend e.V.“ (HDJ)	9
3.2.2.	„Wiking-Jugend e.V.“ (WJ)	11
4.	Literatur- und Quellenverzeichnis	13

1. Einleitung

Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gab und gibt es verschiedene bundesweit agierende Jugendorganisationen im Bereich des organisierten Rechtsextremismus. Sie sind zum einen innerhalb des parteipolitisch agierenden Rechtsextremismus anzufinden. Dabei ist der Nachwuchs der rechtsextremistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), die „Jungen Nationaldemokraten“, der zurzeit größte Zusammenschluss jüngerer Rechtsextremisten innerhalb der Parteienlandschaft (Grumke; Wagner 2002: 391). Zum anderen existieren in Deutschland rechtsextremistische Jugendorganisationen auch unabhängig von politischen Parteien, so zum Beispiel in „bündischen“ oder „völkischen Gruppen“ mit nationalistischer bzw. nationalsozialistischer Orientierung. Zu den bedeutendsten Organisationen dieser Art nach 1945 zählten die „Wiking-Jugend (e.V.)“ sowie die „Heimattreue Deutsche Jugend (e.V.)“ (Röpke 2008: 41). Sie wurden 1994 bzw. 2009 vom Bundesminister des Innern verboten. Eine weitere Jugendorganisation, die insbesondere in den vergangenen zehn Jahren in den Berichten der Verfassungsschutzbehörden im Bereich des Rechtsextremismus zunehmend Erwähnung findet, ist die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (e.V.)“. Sie war ursprünglich eine Nachwuchsorganisation eines Vertriebenenverbandes.

Weitere Erscheinungen von überwiegend aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen bestehenden rechtsextremistischer Organisationsformen sind die verstärkt in den vergangenen Jahren mit Schwerpunkt Ostdeutschland entstandenen so genannten „Freien Kameradschaften“ sowie die „Autonomen Nationalisten“. Die Mitglieder dieser Neonazis „neuen Typs“, die sich in der Regel in Kleingruppen von 20 bis 40 Personen organisieren, zeichnen sich durch eine große Gewaltbereitschaft aus (Kölner Stadtanzeiger vom 07.02.2009). Aufgrund ihrer in der Regel nur losen und informellen Strukturen – die sie von den anfangs erwähnten Organisationsformen rechtsextremistischer Jugendlicher und junger Menschen in Parteien und Vereinen deutlich unterscheiden – sowie fehlender ideologischer Grundsatzpapiere wird auf sie in der Ausarbeitung nicht näher eingegangen. Beide Gruppen, die personell durchaus Überschneidungen aufweisen, gehören seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mit ihren bundesweit mehreren Tausend Mitgliedern laut Verfassungsschutz zu der herrschenden Organisationsform der neonazistischen Szene in Deutschland (Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 2008).

2. **Jugendorganisationen im parteipolitischen Spektrum des Rechtsextremismus**

2.1.1. **„Junge Nationaldemokraten“ (JN)**

Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sind die im Jahr 1969 gegründete Jugendorganisation der von den Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremistisch eingestuften „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). In deren Satzung heißt es in Paragraph 23: „Die Jugendorganisation der NPD sind die 'Jungen Nationaldemokraten' (JN). Sie sind integraler Bestandteil der NPD.“ Der Bundesvorsitzende der JN – seit Oktober 2007 Michael Schäfer – ist kraft seines Amtes gleichzeitig Mitglied im Parteivorstand der NPD. Schäfer, Jahrgang 1981 und aus Sachsen-Anhalt stammend, hat ein Studium der Politikwissenschaften in Halle abgeschlossen. Gegenwärtiger Sitz der Bundesgeschäftsstelle der JN ist – seit drei Jahren – Bernburg in Sachsen-Anhalt. Laut aktuellem Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern hatte die Jugendorganisation der NPD im Jahr 2008 rund 400 Mitglieder. Die Organisation ist in allen Bundesländern präsent (Bundesministerium des Innern 2009a: 88-90; 108; Blick nach rechts 2009a; Netz-gegen-nazis.de 2008a; Netz-gegen-nazis.de 2009; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg: 53-58).

Die Programmatik der JN ist in enger Anlehnung an die der Mutterpartei demokratiefeindlich, antisemitisch, fremdenfeindlich und rassistisch. Auf ihrer Internetpräsenz beschreiben die „Jungen Nationaldemokraten“ ihr Selbstverständnis: (...) Die Jungen Nationaldemokraten verstehen sich als eine weltanschaulich-geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung und strenger innerorganisatorischer Disziplin, deren Aktivisten hohe Einsatz- und Opferbereitschaft abverlangt wird. Wir begnügen uns nicht mit einem Dasein im Schatten unserer Mutterpartei, sondern entwickeln vielmehr als revolutionäre Bewegung für junge Nationalisten zwischen 14 und 35 Jahren autonome konzeptionelle Vorstellungen. Den Schwerpunkt unseres politischen Kampfes sehen wir in der Basisarbeit in den Städten, Landkreisen und Gemeinden. Im gemeinschaftlichen Wirken unserer Kameradinnen und Kameraden versuchen wir dort, unsere politischen Vorstellungen in weite Kreise der deutschen Jugend zu tragen. Nur wenn der Mehrheit der Jugend bewusst wird, dass es eine Alternative zum herrschenden System gibt, können politische Veränderungen in der Zukunft Realität werden. Diese Realität zu schaffen, ist Aufgabe und Ziel unserer Mitglieder und unserer Freundeskreise. (...) Unser Ziel ist es, so viele Widerstandszellen wie möglich zu bilden. (...). (Junge Nationaldemokraten 2009).

Die „Jungen Nationaldemokraten“ geben die Mitgliederzeitung „Der Aktivist“ heraus. In Sachsen erscheint zudem die regionale Publikation „hier & jetzt. radikal rechte zeitung“. Zudem veröffentlicht und verteilt die JN zusammen mit der NPD immer wieder

verschiedene Schülerzeitungen oder jugendorientierte Publikationen, so unter anderem in Sachsen („Perplex“), in Berlin („Der Stachel“), in Brandenburg und Hessen („Jugend rebelliert“), in Rheinland Pfalz („Schinderhannes“) und im Saarland („Rechts vor links“). Mehrere dieser Zeitungen wurden indiziert und teilweise beschlagnahmt sowie in einigen Fällen Strafverfahren wegen Volksverhetzung gegen die Verfasser eingeleitet¹ Die rechtsextremistischen „Jungen Nationaldemokraten“ sollen laut ihres Vorsitzenden Schäfer, der selber aus der so genannten „freien Kameradschaftsszene“ stammt², nach eigenem Selbstverständnis als Bindeglied zwischen der NPD und den militanten „Freien Kräften“ bzw. „Freien Kameradschaften“ außerhalb der Partei fungieren. Zudem werden die JN sowohl als Ideen- und Impulsgeber für die Mutterpartei als auch als „Kaderschmiede“ für den Führungsnachwuchs der NPD angesehen. Die Vertreter der JN treten – auch physisch – ungleich aggressiver als die Funktionäre und Mitglieder ihrer Mutterpartei auf. Mehrere ihrer (Vorstands-) Mitglieder sind wegen Gewaltvergehen und Propagandastiftung vorbestraft. Im Jahr 2007 hat der Bundesvorstand der JN zur Schulung seiner Kader einen „Nationalen Bildungskreis“ (NBK) gegründet, der als zentrale und hierarchisch organisierte Bildungs- und Schulungsorganisation eine „Intellektualisierung“ von JN, „freier Kameradschaftsszene“ und NPD vorantreiben soll. Zudem versuchen die „Jungen Nationaldemokraten“ an Hochschulen Fuß zu fassen. So sollen sich in Sachsen-Anhalt an zwei Universitäten Studentengruppen des „Nationalen Bildungskreis“ gebildet haben (Bundesministerium des Innern 2009a: 88-90; 108; Blick nach rechts 2009a; Netz-gegen-nazis.de 2008a; Netz-gegen-nazis.de 2009; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg: 53-58; Grumke; Wagner 2002: 391; Ruf; Sundermeyer 2009: 136).

2.2. „Die Junge Rechte“

Die von den Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremistisch eingestufte Partei „Deutsche Volksunion“ (DVU) hatte bis vor kurzem keine eigene oder ihr nahe stehende Jugendorganisation. Am 5. Juli 2009 hat sich in der Nähe von Potsdam die DVU-Jugendorganisation „Die Junge Rechte“ gegründet. Dabei wurde zunächst als erste Grundstruktur ein mehrköpfiger Bundesvorstand gewählt, dem als Vorsitzender Tony Fiedler vorsteht. Der 20-jährige Jura-Student war zuvor jüngstes Mitglied im Bundesvorstand der Republikaner gewesen und hatte im Mai 2009 seinen Wechsel zur DVU erklärt. Die neue Jugendorganisation der DVU sieht für ihre Mitglieder eine Altersgrenze von 14 bis 35 Jahren vor. Über die Ziele der „Jungen Rechten“ erklärte wenige Tage vor ihrer Gründung der designierte Vorsitzende in einem Interview mit der eigenen

1 So im Fall „Perplex“ (Netz-gegen-nazis.de 2008).

2 Er trat erstmals als Mitglied der aufgelösten gewaltbereiten Neonazi-Kameradschaft „Wernigeroder Aktionsfront“ (Sachsen-Anhalt) in Erscheinung (Netz-gegen-nazis.de 2009; Ruf; Sundermeyer 2009: 147).

Mutterpartei: „Ich habe mehrere Ziele, die ich mit der Jungen Rechten verfolge. Auf der einen Seite sollen die jungen Parteimitglieder der DVU sich organisieren. Dies ist sehr wichtig für die weitere Arbeit innerhalb der DVU. Ein weiteres Ziel ist es, mit Hilfe der JR die Jugend auf die spätere politische Arbeit vorbereiten (...).“ (Blick nach rechts 2009b, Scholz 2009; DVU Berlin 2009a; DVU Berlin 2009b).

2.3. „Republikanische Jugend“ (RJ)

Die von den Verfassungsschutzbehörden bis zum Jahr 2007 „in Teilen“ als rechtsextremistisch³ eingestufte Partei „Die Republikaner“ (REP) hat seit dem Jahr 1992 mit der „Republikanischen Jugend“ (RJ) eine eigene Jugendorganisation. Ihr Sitz ist in Berlin. Bei der RJ, die auf Bundesebene den Namen „Bundesarbeitskreis Republikanische Jugend“ führt, handelt es sich laut Satzung der REP um einen Arbeitskreis der Partei. Er steht allen Mitgliedern der Republikaner im Alter von 16 bis 30 Jahren offen. In der derzeit aktuellen Satzung der Partei heißt es dazu: „(...) Die Jugendarbeitskreise sind keine selbständigen Untergliederungen der Partei und gegenüber den Organen des regional zuständigen Gebietsverbandes und den übergeordneten Organen weisungsgebunden (...)“ Die RJ soll derzeit mehrere Hundert Mitglieder haben. In den vergangenen Jahren hatte die Republikanische Jugend offenbar nur wenige Aktivitäten entfaltet. Jetzt⁴ soll nach Angaben der Republikaner die Arbeit des Jugendverbandes neu aufgebaut werden. Derzeit werden noch „Aufgaben, Ziele und Pläne“ der Republikanischen Jugend koordiniert (Bundesministerium des Innern 2009a; Blank 2007; Die Republikaner 2002; Die Republikaner 2009).

3. Jugendorganisationen außerhalb des parteipolitischen Spektrum des Rechtsextremismus

3.1. Nicht verbotene Jugendorganisationen

3.1.1. „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland e.V.”⁵ (JLO)

Die von einigen Verfassungsschutzbehörden seit Ende der 1990er Jahre „in Teilen“ als rechtsextremistisch⁶ eingestufte „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland e.V.“ (JLO)

3 In der wissenschaftlichen Debatte herrscht Uneinigkeit darüber, ob die Republikaner (noch) als rechtsextremistisch einzuschätzen sind oder nicht (Blank 2007). Die Innenminister und - senatoren der norddeutschen Länder verweisen im Rahmen eines gemeinsamen Internetangebotes zum Thema Rechtsextremismus bezüglich der Republikaner auf folgendem Sachverhalt: „Tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen haben zwar abgenommen, aber es wird auch deutlich, dass die REP weiterhin in der Tradition ihrer fremdenfeindlichen Parteigeschichte stehen und mit bewussten Übertreibungen und negativen Pauschalurteilen über Ausländer, insbesondere muslimischer Glaubensrichtung, die Gefahr einer Islamisierung und totalen Überfremdung des deutschen Volkes suggerieren.“ (Innenminister und - senatoren der norddeutschen Länder 2007).

4 Im Juli 2009.

5 Für die JLO sind mit dem Namensbestandteil „Ostdeutschland“ nicht die neuen Länder gemeint, sondern die ehemaligen deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße.

war bis 2000 als „Junge Landsmannschaft Ostpreußen e.V.“ die offizielle Jugendorganisation des in Hamburg ansässigen Vertriebenenverbandes „Landsmannschaft Ostpreußen e.V.“ (LO) im Bund der Vertriebenen (BdV). Im Jahr 2000 trennte sich die LO wegen der rechtsextremen Tendenzen der „Junge Landsmannschaft Ostpreußen e.V.“ von seiner seit 1991 bestehenden Jugendorganisation.⁷ Im Jahr 2006 musste sich die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen e.V.“ nach juristischen Auseinandersetzungen mit ihrer vormaligen Mutterorganisation ihren Namen in „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland e.V.“ ändern. Seitdem setzt sich die bundesweit agierende JLO für die „Wahrung der Einheit aller Deutschen und den Wiederaufbau Deutschlands in allen seinen Teilen“ ein. Die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland organisiert Reisen in die ehemaligen deutschen Ostgebiete und veranstaltet Aktionen wie „Volkstanzabende“, Wanderungen sowie Schulungen und Vorträge mit unter anderem geschichtsrevisionistischen Inhalten. Seit ihrer Umbenennung sollen die Aktivitäten der JLO zurückgegangen sein. Von den bestehenden Gliederungen soll der sächsische Landesverband noch am aktivsten sein. Die JLO arbeitet laut Verfassungsschutzbehörden eng mit rechtsextremistischen Parteien und Organisationen zusammen. Einige ihrer Mitglieder haben heute Führungsfunktionen bei der NPD inne. So war zum Beispiel Jürgen W. Gansel, heutiges Bundesvorstandsmitglied der NPD und Mitglied der NPD-Landtagsfraktion Sachsen, zeitweilig Landesvorsitzender der JLO in Hessen. Gansel gilt heute als „Chefideologe“ der NPD. Der ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der JLO (1997-2001) Stefan Rochow⁸ war unter anderem von 2002 bis 2007 Bundesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“, von 2004 bis 2006 Mitarbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion und von 2006 bis 2008 Pressesprecher der NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern. Die JLO ist insbesondere für den seit 1999 von ihr alljährlich organisierten "Trauermarsch" verantwortlich, zu dem alljährlich mehrere Tausend Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland im Februar in Dresden zum Gedenken an den alliierten Bombenangriff vom 13./14. Februar 1945 auf die Stadt zusammen kommen. Seitdem hat sich der „Trauermarsch“ – trotz schwankender Teilnehmerzahlen – laut Verfassungsschutzbehörden zu einer der wichtigsten Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt.⁹ Dabei treten regelmäßig unter anderem Spitzenfunktionäre der NPD und der DVU als Redner auf (Bundeszentrale für politische Bildung 2009b; Recherche Ost 2009; Netzgegen-nazis.de 2008b).

6 Laut dem sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz wurden bei dem Landesverband „Sachsen/Niederschlesien“ der JLO erstmals im Jahr 1999 Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen deutlich (Bundeszentrale für politische Bildung 2009b).

7 Sie gründete in diesem Zusammenhang die neue Jugendorganisation „Bund Junges Ostpreußen“.

8 Er ist 2008 aus der NPD ausgetreten.

9 Die „Tageszeitung“ aus Berlin sprach bezüglich der Veranstaltung im Februar 2009 in Dresden mit schätzungsweise 6000 Teilnehmern vom „größten Aufmarsch von Neonazis in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (Speit; Lee; Bartsch 2009).

3.2. Verbotene Jugendorganisationen

3.2.1. „Heimatreue Deutsche Jugend e.V.“ (HDJ)

Von Seiten der Verfassungsschutzbehörden wird bzw. wurde der 1990 ursprünglich unter dem Namen „Die Heimatreue Jugend - Bund für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.“ (DHJ) gegründete Verein – der im März 2009 verboten wurde – als bundesweit organisierter rechtsextremistischer Jugendverband eingestuft, der für Kinder und Jugendliche ab sechs Jahren unter anderem Veranstaltungen mit paramilitärischen Charakter wie Fahnenappelle, Wehrsportübungen und Fackelmärsche durchführte. Seit 2001 lautete die vollständige Bezeichnung des Vereins „Heimatreue Deutsche Jugend (HDJ) - Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.“ Die Bundesführung war in Berlin ansässig. Der HDJ e.V. war mit seinen insgesamt mehreren Hundert Mitgliedern in nahezu allen Bundesländern aktiv. Regionale Schwerpunkte waren Brandenburg, Berlin, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern. Gemäß seiner hierarchischen Struktur war der HDJ e.V. in „Bundesführung“, „Leitstellen“ sowie in „Einheiten“ untergliedert. Letzter „Bundesführer“ des HDJ e.V. war Sebastian Rübiger aus Reichenwalde in Brandenburg. Er hatte das Amt seit Oktober 2002 inne. Zuvor war er bereits in anderen rechtsextremen Gruppen – unter anderem bis zu deren Verbot 1994 als "Gau-Beauftragter für Sachsen“ der "Wiking-Jugend“ – aktiv gewesen. Rübiger wurde im Dezember 2008 wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Aus der wegen der Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen "Wiking-Jugend" (WJ) engagierten sich neben Rübiger noch andere Personen im HDJ e.V. (Bundesministerium des Innern 2009a: 62/63; Bundesministerium des Innern 2009b; Bundeszentrale für politische Bildung 2009a; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg 2009: 59-65; Nandlinger 2008/2009).

Einige Beobachter sahen aufgrund der in den vergangenen Jahren aufgetretenen organisatorischen, personellen und programmatischen Kontinuitäten zur 1994 verbotenen Wiking-Jugend (WJ) im HDJ e.V. eine „Quasi-Nachfolgeorganisation“ der WJ. So benutzte zum Beispiel der HDJ e.V. auch die „Odalrune“ – das einstige Emblem der WJ – als internes Erkennungszeichen. Der HDJ e.V. versuchte über vordergründig unpolitisch erscheinende (Freizeit-) Aktivitäten¹⁰, die für den äußeren Betrachter häufig den Eindruck von harmlosen Pfadfinder- oder Jugendgruppentreffen vermitteln, insbesondere Jugendliche und Kinder bewusst an rassistisches und nationalsozialistisches Gedankengut heranzuführen. Über die eigentliche „Nachwuchsarbeit“ hinaus bot der HDJ e.V. ein rechtsextremes „lebensweltliches“ Freizeitangebot für die ganze Familie an. Letztere spielte als so genannte „Sippe“ ein zentrales Element in der vom Nationalsozialismus geprägten Ideologie des HDJ e.V. So nahmen zum Beispiel an den Lagern des HDJ

10 Dazu gehörten zum Beispiel Zeltlager, Feriengroßfahrten, Kanu- und Fahrradtouren, Wanderungen und Lagerfeuerstunden (Nandlinger 2008/2009).

e.V., bei denen Kinder und Jugendliche militärisch gedrillt und ideologisch beschult worden, oftmals ganze Familien teil. In der mehrmals im Jahr vom HDJ e.V. herausgegebenen Publikation „Funkenflug“ wurde nicht nur die Epoche des Nationalsozialismus glorifiziert, sondern auch antisemitische und rassistische Stereotypen sowie ein revidionistisches Geschichtsbild offen oder unterschwellig vermittelt. Der HDJ e.V. unterhielt umfassende szenübergreifende Kontakte ins rechtsextremistische Spektrum der Bundesrepublik, so zum Beispiel zur NPD¹¹ und zur neonazistischen Kameradschaftsszene. So nahmen Funktionäre und Mitarbeiter der NPD regelmäßig an Veranstaltungen des HDJ e.V. teil (Bundesministerium des Innern 2009a: 62/63; Bundesministerium des Innern 2009b; Bundeszentrale für politische Bildung 2009a; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg 2009: 59-65; Nandlinger 2008/2009).

Am 31. März 2009 wurde der HDJ e.V. gemäß einer Verfügung des Bundesministeriums des Innern vom 9. März 2009 verboten und sein Vermögen beschlagnahmt.¹² Seitdem darf sich der Verein nicht mehr betätigen. Gegen das Verbot hat der HDJ e.V. beim Bundesverwaltungsgericht im April 2009 Rechtsmittel eingelegt. Das Bundesinnenministerium begründete das Verbot mit den rechtsextremistischen Aktivitäten des Vereins: „Eigentliche Zielsetzung des Vereins ist die Heranbildung einer neonazistischen 'Elite'. Dies erfolgt in Form einer ideologischen Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche durch Verbreitung völkischer, rassistischer, nationalistischer und nationalsozialistischer Ansichten im Rahmen vorgeblich unpolitischer Freizeitangebote. (...)“ (Bundesministerium des Innern 2009a: 62/63; Bundesministerium des Innern 2009b; Bundeszentrale für politische Bildung 2008a; Ministerium des Innern des Landes Brandenburg 2009: 59-65).

Allerdings sind Protagonisten der verbotenen HDJ seit Jahren auch in anderen rechtsextremistischen Kreisen aktiv. So setzt offenbar auch Sebastian Rübiger, letzter „Bundesführer“ der HDJ, kurz nach der Verbotsverfügung für die HDJ offenbar auf eine Mitarbeit in anderen Organisationen der rechtsextremistischen Szene: „Ich bin nicht verdammt dazu, zuhause zu sitzen und nur noch die Wand anzustarren“. Im Hinblick auf nationale Jugendarbeit gäbe es „gute Geister in unseren Reihen“. Er sähe durchaus noch „Führungspersönlichkeiten“, „die die Dinge ähnlich ernst nehmen wie wir“ (Baumgärtner; Röpke 2009).

11 So zum Beispiel zu den NPD-Landesverbänden in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

12 Bereits im Oktober 2008 hatte eine bundesweite Aktion der Polizei gegen die Strukturen der HDJ gegeben. So wurden durch das Bundeskriminalamt am 8. Oktober 2008 in verschiedenen Bundesländern ca. 100 Wohnungen und Büros im Umfeld des HDJ e.V. durchsucht (Nandlinger 2008/2009).



3.2.2. „Wiking-Jugend e.V.“ (WJ)

Die älteste und zum Zeitpunkt ihres Verbots im Jahr 1994 größte rechtsextremistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik war die „Wiking-Jugend“ (WJ). Die im Jahr 1952 im niedersächsischen Wilhelmshaven aus dem Zusammenschluss verschiedener rechtsextremistischer Gruppierungen - der "Reichsjugend"¹³, der "Deutschen Unitaristischen Jugend" sowie der "Vaterländischen Jugend" – unter den Namen Wiking-Jugend, volkstreue nordländische Jugendbewegung Deutschland e.V.“ gegründete Organisation war weltanschaulich und organisatorisch an der nationalsozialistischen "Hitler-Jugend" orientiert. Die „Gauabzeichen“ der WJ entsprachen denen der HJ. Die Namensgebung der WJ erfolgte in Anlehnung an eine Division der Waffen-SS („Wiking“). 90% der Anhänger der WJ sollen unter 18 Jahre gewesen sein (Röpke 2008:26/27; Grumke; Wagner 2002: 436-438).

Die WJ wurde nach über vier Jahrzehnten ihres Bestehens am 10. November 1994 vom Bundesminister des Innern verboten, da sie unter anderem "das Grundgesetz notfalls auch mit Gewalt abschaffen" wollte, um "erneut einen nationalsozialistischen Staat" zu errichten. Gemäß ihres eigenes Selbstverständnisses verstand sich die WJ als „volkstreue Jugendbewegung“. Die WJ vertrat und propagierte eine rassistische, antisemitische und völkische Weltanschauung, in deren Mittelpunkt eine „germanisierende Nordlandideologie“ stand. Ihr erklärtes Ziel war die „Wiederbelebung von Elitegeist und Volksgemeinschaft“. Zum Zeitpunkt des Verbots hatte die WJ einen Mitgliederbestand von schätzungsweise 400 bis 500 Personen. Nach Angaben der WJ sollen angeblich insgesamt 15.000 Kinder und Jugendliche die Angebote der WJ wahrgenommen haben. Zu den Betätigungsfeldern der WJ gehörten unter anderem Zeltlager, Wandern, Fahrten zu Kriegsgräbern, Erntedank- und Sonnenwendfeiern sowie Volkstänze. Die WJ führte bis zu ihrem Verbot auch paramilitärische Übungen – so wurde in Sommer- und Winterlagern mit Waffen geübt – für ihre Mitglieder durch. Die streng hierarchische und nach Geschlechtern getrennte Organisation war nach dem nationalsozialistischen „Führerprinzip“ strukturiert. Die Untergliederungen, die so genannten „Gaue“, stimmten geographisch mit den ehemaligen Bezirken der NSDAP überein. Kennzeichen, Uniformen und Grußformeln der Hitler-Jugend, der NSDAP bzw. des NS-Staates wurden in abgewandelter Form von der Wiking-Jugend benutzt. So sah es das Bundesinnenministerium bei ihrem Verbot der Wiking-Jugend als erwiesen an, dass die Organisationszwecke von Hitlerjugend und WJ „weitgehend identisch“ seien. Bei einer erheblichen Anzahl von Persönlichkeiten aus der rechtsextremen Szene diente die HJ mit ihren Lagern und Ausbildungen – zu der auch ein eigenes Schulungszentrum gehörte – als wichtige Durchgangsstation auf dem Weg in rechtsextremistische Organisationen und Parteien. Zwischen der WJ und der NPD sowie deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokra-

13 Jugendorganisation der 1952 verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP).

ten“ bestanden enge personelle Verbindungen. So waren beispielsweise bis zum Verbot der Wiking-Jugend 1994 die Anschriften von WJ und JN identisch. Zahlreiche ehemalige Mitglieder der WJ fanden Aufnahme in der NPD (Röpke 2008: 27ff.; Bundeszentrale für politische Bildung 2009c; Grumke; Wagner 2002: 436-438).



4. Literatur- und Quellenverzeichnis

- Baumgärtner, Maik; Röpke, Andrea (2009). Mit Brauchtum und Elitegeist – Braune Kulturwelt im Innercircle, MUT gegen rechte Gewalt <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/debatte/rechtsblog/rechtsextreme-nachwuchsfoerderung-ein-ueberblick-ueber-nazikultur-nach-dem-hdj-verbot.print.html> [Stand: 21.07.2009].
- Blank, Florian (2007). Diskussion: Die Einordnung der REP, in: Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier Parteien http://www.bpb.de/themen/RAGCWA,0,0,Diskussion:_Die_Einordnung_der_REP.html [Stand: 14.07.2009].
- Blick nach rechts (2009a). Eine neue SA? Die Jungen Nationaldemokraten wollen radikale sowie intellektuelle Elite und Speerspitze der Nationalen Bewegung sein <http://www.bnr.de/content/eine-neue-sa-0> [Stand: 21.07.2009].
- Blick nach rechts (2009b). Republikaner zur DVU <http://www.bnr.de/category/stichworte/tony-fiedler> [Stand: 21.07.2009].
- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (2008). Glossar Rechtsextremismus. Autonomer Nationalismus <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/glossar/auto.htm> [Stand: 21.07.2009].
- Bundesministerium des Innern (2009a). Verfassungsschutzbericht 2008. Vorabfassung, Berlin, Online-Version: http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht-presse_2008/ [Stand: 21.07.2009].
- Bundesministerium des Innern (2009b). Fragen und Antworten zu der Durchführung vereinsrechtlicher Maßnahmen gegen die HDJ, Pressemitteilung vom 31.03.2009 <http://www.bmi.bund.de/> [Stand: 21.07.2009].
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009a). Rechtsextremismus. Glossar. Heimatreue Jugend (HDJ) <http://www.bpb.de/themen/CNCDW9,38,0,Glossar.html#art38> [Stand: 21.07.2009].
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009b). Rechtsextremismus. Glossar. Junge Landsmannschaft Ostdeutschland <http://www.bpb.de/themen/CNCDW9,41,0,Glossar.html#art41> [Stand: 21.07.2009].
- Bundeszentrale für politische Bildung (2009c). Rechtsextremismus. Glossar. Wiking-Jugend (WJ) <http://www.bpb.de/themen/CNCDW9,84,0,Glossar.html#art84> [Stand: 21.07.2009].
- Die Republikaner (2002). Bundessatzung der Partei die Republikaner <http://www.rep.de/index.aspx?ArticleID=b0058356-ac27-4513-9374-c781079314a5> [Stand: 21.07.2009].
- Die Republikaner (2009). Aufbauarbeit beginnt <http://www.repjugend.de/> [Stand: 21.07.2009].
- DVU Berlin (2009a). Die DVU braucht eine organisierte Parteijugend <http://www.die-rechte.info/wordpress/?p=1281> [Stand: 21.07.2009].
- DVU Berlin (2009b). Junge Rechte gegründet <http://www.dvuberlin.de/2009/07/junge-rechte-gegrundet/> [Stand: 21.07.2009].
- „Gefährliche Kameradschaft“, in: Kölner Stadtanzeiger vom 7.02.2009.
- Grumke, Thomas; Wagner, Bernd (2002). Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke, Opladen.

- Innenminister und - senatoren der norddeutschen Länder (2007). Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Parteien. „Die Republikaner“ (REP) <http://www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de/de/erscheinungsformen-des-rechtsextremismus/parteien/rep.html> [Stand: 21.07.2009].
- Junge Nationaldemokraten (2009). Wer wir sind http://www.jn-buvo.de/index.php?Itemid=26&id=12&option=com_content&task=view [Stand: 21.07.2009].
- Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (2009). Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2008, Potsdam, Online-Version: http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/VB_Bericht%202008_web_24_03_09.pdf [Stand: 21.07.2009].
- Nandlinger, Gabriele (2008/2009). Nach langem Anlauf verboten: Die HDJ. http://www.bpb.de/themen/DGVTQA,0,Nach_langem_Anlauf_verboten:_Die_HDJ_.html [Stand: 21.07.2009].
- Netz-gegen-nazis.de (2008a). (Amadeu Antonio Stiftung). So organisieren sie sich. Junge Nationaldemokraten (JN) <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/junge-nationaldemokraten-jn> [Stand: 21.07.2009].
- Netz-gegen-nazis.de (2008b). (Amadeu Antonio Stiftung). So organisieren sie sich. Die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/die-junge-landsmannschaft-ostdeutschland-jlo> [Stand: 21.07.2009].
- Netz-gegen-nazis.de (2009). (Amadeu Antonio Stiftung). Wer sie sind. Michael Schäfer <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/schaefer-michael> [Stand: 21.07.2009].
- Recherche Ost (2009). 14.02.2009/Veranstalter des Großaufmarsches in Dresden: Die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“ http://www.recherche-ost.com/index.php?option=com_content&task=view&id=20&Itemid=1 [Stand: 21.07.2009].
- Röpke, Andrea (2008). Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der „Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ), herausgegeben von der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen Ost gGmbH, Braunschweig.
- Ruf, Christoph; Sundermeyer, Olaf (2009). In der NPD. Reisen in die National Befreite Zone, München 2009.
- Scholz, Robert (2009). DVU will am Sonntag Parteijugend gründen: Die „Junge Rechte“, Endstation Rechts, Meldung vom 2.07.2009 http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=3770:dvu-will-am-sonntag-partiejugend-gruenden-die-junge-rechte&catid=160:dvu&Itemid=367 [Stand: 21.07.2009].
- Speit, Andreas; Lee, Felix; Bartsch, Michael (2009). Die Sieger von Dresden, in: Die Tageszeitung vom 18.02.2009.